

- Sicherlich müssten darüber hinaus Ausbaustandards für das gesamte Land festgelegt werden. Die Gemeinden würden in ihren Selbstverwaltungsrechten beschränkt und Anliegern in Kamp-Bornhofen die bis heute praktizierten Mitsprachemöglichkeiten genommen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

sicherlich ist die Diskussion nicht einfach. Unterm Strich steht aber auch: Ob nun Ausbaubeiträge einmalig oder wiederkehrend erhoben oder diese gänzlich abgeschafft und nach sicherlich nicht unbedingt von Vorteil für die kleineren Gemeinden gestalteten Kriterien durch das Land übernommen würden: Als Steuerzahler zahlt für öffentliche Baumaßnahmen immer der Bürger! Und daher möchten wir als für die Maßnahmen in der Gemeinde verantwortliche politische Mehrheitsfraktion gerne auch künftig so viele Einzelheiten wie möglich mit Ihnen im Dialog und Einvernehmen abstimmen, voranbringen und unter Berücksichtigung Ihrer Anliegen weiterentwickeln können. Bei allem Für und Wider halten wir – selbstverständlich auch mangels Vorschläge derer, die die Abschaffung von Ausbaubeiträgen fordern, wie die konkrete Gegenfinanzierung aussehen soll – daher momentan die Beibehaltung der derzeit einmaligen Ausbaubeiträge in der Gemeinde und nach Abschluss der noch zur Sanierung ausstehenden Straßen eine mögliche Umstellung wiederkehrende Beiträge für die gerechteste Lösung.

Herzliche Grüße

Ihr



Peter Wendling

SPD-Ortsvereins- & Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Kamp-Bornhofen

Bitte schon jetzt vormerken:

Wir feiern 100jähriges Jubiläum des SPD Ortsvereins und Sie sind herzlich eingeladen, mit uns gemeinsam zu feiern.

Samstag, 30. März 2019
14.30 Uhr
Hotel Kurfürst, Kamp-Bornhofen

mit
Andrea Nahles, SPD Bundesvorsitzende
Roger Lewentz, Landesvorsitzender SPD Rheinland-Pfalz
Frank Puchtler, Landrat Rhein-Lahn-Kreis

*Persönliche
 Einladung folgt!*



Kamp-Bornhofen, 19. 2. 2019

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

sicherlich haben Sie landauf, landab die kontroverse Diskussion um die Straßenausbaubeiträge verfolgt. Gerade mit Blick auf die am 26. Mai 2019 anstehenden Kommunalwahlen sind hier einige politische Gruppierungen unterwegs und versuchen, populistisch für sich zu werben, indem sie die gänzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die angeblich ausschließlich und teilweise bis hin zur Existenzbedrohung zu Lasten der Bürger gehen, vom Land Rheinland-Pfalz fordern.

Auch der Gemeinderat Kamp-Bornhofen hat sich am Montagabend aufgrund eines Antrages der FBL-Fraktion mit dem Thema beschäftigt. Die FBL hat angeregt, eine Resolution an den rheinland-pfälzischen Landtag zu richten, die den Wegfall der Ausbaubeiträge fordert. Ein konkreter Text wurde dem Rat jedoch dazu vom Antragsteller nicht vorgelegt.

Demzufolge hat sich der Gemeinderat in einer sachlichen Diskussion zwischen SPD, CDU und FBL über Argumente für und gegen die Abschaffung, die es zweifelsohne gibt, ausgetauscht. Für die SPD steht nach der Beratung im Gemeinderat folgendes fest:

- Es gibt heute bereits die Möglichkeit, dass sich die Gemeinden zwischen der Erhebung **einmaliger Straßenausbaubeiträge** (von den konkret durch die Baumaßnahme profitierenden Grundstückseigentümern, deren Wert des Eigentums steigt, anlassbezogen) und **wiederkehrenden Beiträgen** (von allen Grundstückseigentümern innerhalb der Gemeinde oder eines vorher festgelegten Abrechnungsgebietes, jährlich erhoben) entscheiden können. Die einmaligen Gebühren sind dann, wenn eine Straße ausgebaut wird, für die Betroffenen natürlich höher, als wenn alle Grundstückseigentümer in der gesamten Gemeinde jährlich eine Abgabe leisten würden.

- Doch ist eine gänzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gerade jetzt in Kamp-Bornhofen sinnvoll? Kann die Gemeinde Zeitpunkt und Umfang des jeweiligen Straßenausbaus dann künftig noch gemeinsam mit den Anliegern selbst bestimmen oder wird es Standards geben, über die hinaus die Gemeinden oder Anlieger dennoch zahlen müssen? Wer zahlt bei Abschaffung der Ausbaubeiträge künftig die Kosten – das Land? Und falls ja, wo nimmt es diese weit über 100 Mio. Euro jährlich geschätzten Kosten her? Haben kleinere Gemeinden dann noch genauso große Chancen auf Ausbaumaßnahmen oder haben wir gegenüber teuren Stadtstraßen, in die mehr Geld fließen muss, einen großen Nachteil?

Für unsere Gemeinde ist Fakt:

- Seit der Wahl 1994 von Roger Lewentz zum Ortsbürgermeister haben wir mit unserer Mehrheitsfraktion in unserer Gemeinde mit ruhiger Hand und stets in enger Abstimmung und bei größtenteils hoher Zufriedenheit mit den jeweiligen Anliegern, die wir immer bereits in der Planungsphase mit deren besonderen Wünschen eingebunden haben, zahlreiche Straßen und Plätze erneuert, saniert oder ausgebaut. Gleiches gilt für die Erschließung des Neubaugebietes „Im Höllchen“.
- Auftretende Fragen und Herausforderungen wurden gemeinsam aufgegriffen und Problemstellungen gelöst. Auch die regelmäßigen Baustellentermine während der Bauphasen waren immer Beleg für das gute Miteinander.
- Anlieger wurden beispielsweise in die Auswahl und Festlegung der Anzahl der Straßenleuchten oder des Straßenbelags bis hin zur Farbe des Pflasters eingebunden. Bei der Erschließung „Im Höllchen“ wurden damals sogar im Einvernehmen mit den Anliegern die Straßenbreite verringert und damit die Ausbaukosten reduziert.
- Existenzbedrohende Härtefälle, die seitens der Anlieger auch offen gegenüber der Gemeinde geäußert wurden, gab es bislang nur in sehr, sehr seltenen Ausnahmefällen und hier konnte den Mitbürgern entlang der heute bereits bestehenden Gesetzeslage mit zinslosen Stundungen oder Ratenzahlungen geholfen werden. Weiterhin hat die Gemeinde die Möglichkeit, an stärker befahrenen Straßen den Gemeindeanteil an den Kosten zu erhöhen und damit die Kostenanteile für die Grundstückseigentümer zu senken. Davon haben wir in Kamp-Bornhofen auch gerade beim jüngst erfolgten 1. Abschnitt zum Ausbau der Bürgersteige entlang der Rheinuferstraße Gebrauch gemacht.
- Auch gab es keine große Fallzahl von Rechtsstreitigkeiten in unserer Gemeinde, die künftig bei Wegfall der Ausbaubeiträge spürbar reduziert werden könnten.

- Über den Zeitraum von nun fast 30 Jahren haben wir bis auf die Frühmessergasse, die Schmiedegasse, die Backgasse, die Rheingasse, die Pantaleonstraße, den Klostergarten und den begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Ausbau der Bürgersteige entlang der Rheinuferstraße alle Straßen im alten Ortskern erneuert. Hierfür und in allen anderen Straßen wurden bei deren Erschließung als Neubaugebiete jeweils die anlassbezogenen, einmaligen Anliegerbeiträge erhoben. Einige Grundstückseigentümer haben hierfür in den zurückliegenden Jahren einmalig mehrere Tausend Euro gezahlt.
- Wir empfinden es im Sinne aller Grundstückseigentümer in unserer Gemeinde als gerecht, dieses System nun auch noch bis zum Abschluss aller Sanierungen beizubehalten.
- Um den sozialen Frieden der Bürgerinnen und Bürger untereinander zu wahren und nicht Einzelne zu bevor- oder benachteiligen, kann man danach darüber sprechen, das gesamte System auf wiederkehrende Beiträge umzustellen. So müssen nämlich dann, wenn alle einmal Ausbaubeiträge für ihre Straße gezahlt haben, Eigentümer nicht mehr anlassbezogen einen größeren Betrag, sondern jährlich kleine Beträge zahlen. Die Entscheidung hierfür liegt dann bei der Gemeinde selbst – nicht beim Land.
- Bei der Umstellung auf wiederkehrende Beiträge besteht schon nach heutiger Gesetzeslage die Möglichkeit, Übergangsregelungen zu treffen. Das bedeutet, dass Grundstückseigentümer, die ab dem Umstellungszeitpunkt in den zurückliegenden 20 Jahren schon einmal einmalige Beiträge gezahlt haben, bis zu 20 Jahre nach ihrer letzten Zahlung von wiederkehrenden Beiträgen verschont bleiben.
- Dies wäre aus Sicht der SPD Kamp-Bornhofen mit dem konkreten Blick auf unsere Gemeinde ein gerechter Weg, denn ...

Wie ist die Situation allgemein in den Gemeinden und Städten?

- Es gibt hohen Bedarf an Ausbaumaßnahmen in allen Gemeinden und Städten. Wer käme bei der gänzlichen Abschaffung der Ausbaubeiträge zuerst zum Zug?
- Anlieger, die sich in den vergangenen Jahren eher zurückhaltend gezeigt haben, weil sie hätten selbst zahlen müssen, würden die Gemeinden jetzt verstärkt auffordern, den Ausbau möglichst schnell und überall gleichzeitig durchzuführen. Dem können die Gemeinden alle nicht gerecht werden.
- Der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz, der an der Seite der Kommunen steht, hat sich ebenfalls gegen die Abschaffung der Ausbaubeiträge ausgesprochen, weil er unter anderem eine „Vollkasko-Mentalität“ unter dem Motto befürchtet „Der Staat und die Kommunen können alles leisten“. Doch dem ist nicht so!